

Stadt. unter. Strom.

Die Ratsfraktion DIE LINKE. veranstaltet am 3. März einen Kongreß zur sozial-ökologischen Stadtentwicklung in Düsseldorf **S.3**

Zusammen gegen Rechts?

CDU/FDP verabschieden zusammen mit SPD, Grünen und LINKE. eine Resolution gegen Rechts und brechen sie sofort. **S.5**

Rechtsbruch der Stadt

Die Ratsmehrheit lehnte einen Antrag der LINKEN ab endlich die Instandhaltung der Kiefernstrasse zu beginnen. **S.6**

Haut doch ab!

Düsseldorf baut immer weniger preiswerte Wohnungen und bekennt sich zur Vertreibung von Sozial-schwachen aus der Stadt. **S.7**

Millionen-Loch



Unsozial und umweltfeindlich

Haushalt 2012 für Düsseldorf

Der Haushalt einer Stadt spiegelt wieder, welche Interessen die politische Mehrheit im Rathaus vertritt. So ist es auch in Düsseldorf.

OB Elbers ließ auf Kosten der Düsseldorfer BürgerInnen plakativieren: „Düsseldorf ist mehr als Schicki-Micki“. Das ist zum Teil richtig. Düsseldorf ist auch für Viele unbezahlbare Mieten, Glas- und Betonklötze und sinnlose Großprojekte. Düsseldorf ist aber auch weniger als Schicki-Micki: Suppenküchen, Tafeln, Arbeitslosigkeit, Leiharbeit und Dumpinglöhne, Armut, fehlende Radwege oder Schulen, die nicht renoviert werden. Dies sind nur Beispiele, aber sie zeigen, dass die Mehrheit der EinwohnerInnen Düsseldorfs durchaus andere Interessen als die schwarz-gelbe Mehrheit im Rathaus hat.

Im Gegensatz zu fast allen Kommunen in NRW steht Düsseldorf finanziell relativ gut da. Allerdings weist der Haushalt für 2012 einen Fehlbetrag aus Investitionstätigkeit von 213.969.821 Euro aus, also fast eine Viertel Mrd. Euro. Die Stadt Düsseldorf ist jedoch noch in der Lage, durch Rückgriff auf Rücklagen

den Haushalt auszugleichen.

Diese relativ gute finanzielle Situation hätte die Chance eröffnet, eine soziale und umweltbewußte städtische Politik zu gestalten. Aber wie in den vergangenen Jahren hat auch für 2012 die CDU/FDP-Mehrheit im Rathaus diese Chance vertan. Allein über 300 Millionen Euro versenkt die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren in die Großprojekte Kö-Bogen I und II. Vierspurige Stadtautobahnen wie die „Entlastungsstraße“ Derendorf (16,6 Mill. Euro) werden zusätzlichen Autoverkehr anziehen und die CO²-Belastung weiter steigern. Dieses Geld fehlt bei Radwegen, Kitaplätzen, Sanierung der Schulen, bei der Finanzierung eines bezahlbaren Sozialtickets oder beim kommunalen Wohnungsbau.

Für wen die schwarzgelbe Mehrheit im Rathaus Politik macht, hat OB Elbers auf dem CDU-Parteitag deutlich gemacht. Preiswerte Wohnungen? „Das will ich auch nicht“ hat er gesagt. Dazu passt, dass die geplanten „Platzverweise“ von 800 in 2011 auf 4000 in 2012 steigen sollen. Platzverweise bedeuten, dass der OSD (Ordnungs- und

Servicedienst der Stadt) Menschen auffordert ihren Aufenthaltsort zu verlassen. In der Regel handelt es sich um Menschen, deren Lebensmittelpunkt die Straße ist, die offensichtlich nicht ins „Design“ der schicken Stadt Düsseldorf passen. Menschen, die sich die teuren Düsseldorfer Wohnungen nicht leisten können, sollen, wie OB Elbers gegenüber der Rheinischen Post erklärte, ins Umland ziehen. Arme werden aus dem Stadtbild vertrieben. Soll das die Zukunft Düsseldorfs sein? „Nicht mit uns“, stellt die Ratsfraktion DIE LINKE. fest.

Der Mehrheit der Bevölkerung nutzen die neuen Glas- und Betonpaläste und die vierspurigen Stadtautobahnen nichts. Sie brauchen soziale Sicherheit, Arbeitsplätze, von denen sie leben können, bezahlbaren Wohnraum, ein Sozialticket, das den Namen verdient, kostenlose und genügend Kitaplätze, Gesamtschulen für gleiche Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel des Elternhauses, also eine soziale, umweltfreundliche und solidarische Stadt Düsseldorf.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Das Jahr 2011 liegt hinter uns. Es waren erst die furchtbaren Ereignisse in Fukushima notwendig, um in Deutschland ein Umdenken in der Atomenergie bei den Regierenden zu erreichen. Die Forderung der LINKEN, nach sofortigem Atomausstieg bleibt auf der Agenda.

Die Morde der Faschisten an zehn Menschen in den vergangenen 13 Jahren macht die Gefährlichkeit der Neonazis deutlich. Allerdings muss man fragen, warum über 180 Morde durch braune Verbrecher nicht bereits vorher zu diesen Reaktionen geführt haben.

In Düsseldorf werden Menschen, die in Armut leben, immer mehr an den Rand oder sogar aus der Stadt gedrängt. Diesen Vorgang nennt man Gentrifizierung. Die Ratsfraktion DIE LINKE. hatte im Mai 2011 aufgrund dieser Entwicklung zu einer Konferenz geladen, in der wir die TeilnehmerInnen über diesen Prozess informierten. Auch der Haushalt der Stadt für 2012 sowie die politische Einstellung des OB fördern diesen Vorgang, wie wir in dieser Ausgabe nachweisen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE. wird sich auch in Zukunft gegen neoliberale Politik stellen und Druck machen. In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen Initiativen, Verbänden und bei allen EinwohnerInnen für ihre Kooperation und Anregungen, aber auch für die kritische Begleitung. Wir wünschen allen ein gesundes 2012 und viele erfolgreiche Schritte zu einer solidarischen Stadt Düsseldorf.

Gilbert Yimbou, Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE.

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Der große Radwegebluff

Jahr für Jahr beantragt die Ratsfraktion DIE LINKE. im jeweiligen Haushalt den Ausbau des Radwegenetzes und scheitert an den Mehrheiten im Düsseldorfer Rat. Im vergangenen Jahr wurde der Antrag, den Haushaltsansatz auf zwei Millionen Euro zu erhöhen abgelehnt. Wer in Düsseldorf mit dem Fahrrad unterwegs ist, weiß wie katastrophal die Situation für RadfahrerInnen ist. Auf Kreuzungen werden deutlich sichtbar rote Radwege aufgemalt, die unmittelbar hinter der Kreuzung im Nichts enden. Auf schmalen Gehwegen wird einfach ein Schild „Für Radfahrer frei“ aufgehängt und das Verkehrsmanagement meint, es habe einen neuen Radweg geschaffen. Im Radwegenetz werden zusätzlich einfach alle 30-km-Zonen im Radwegeplan mit aufgenommen, egal wie dort die Situation für RadfahrerInnen ist. Bei den Haushaltsberatungen stellten die Bezirksvertretungen fest, dass in allen Bezirken 289.000 Euro für die Einrichtung von Radwegen bereitgestellt waren. Eifrig wurde überlegt, wo der dringendste Bedarf für Fahrradstreifen bzw. Radwege ist. Doch dann folgte die Ernüchterung. Die schlaun MitarbeiterInnen des Kämmersers Abrahams hatten den Gesamtbeitrag der Stadt für die Errichtung von Radwegen jeder Bezirksvertretung zugeordnet. Die 289.000 Euro galten also für das gesamte Stadtgebiet und nicht wie ausgewiesen für jeden einzelnen. Das war ganz schön trickreich, denn so konnten keine Diskussionen in den Bezirken über fehlende Mittel für das Radwegenetz stattfinden.

Keine Kürzungen in öffentlichen Anlagen

Die Fraktion DIE LINKE. lehnt die von der Stadt geplanten Kürzungen bei Spielgeräten und Pflanzungen in öffentlichen Grünanlagen, Parks und Kleingartenflächen ab. In einem Antrag dazu führt DIE LINKE. aus: „In den letzten Jahren wurde schon erheblich gekürzt. Der Zustand einiger Spielplätze ist sehr mangelhaft, deshalb ist die Erneuerung und Modernisierung von Spielplätzen und Parkanlagen dringend erforderlich, um die Aufenthaltsqualität zu sichern und besser noch zu erhöhen. Weitere Kürzungen können zu sicherheitsrelevanten Missständen führen.“

Kö-Bogen 2 – Kein Thema mehr?

DIE LINKE. kämpft inzwischen allein für den Tausendfüßler

Einen wesentlichen Teil der Ratsitzung am 15. Dezember 2011 hat wieder einmal der Kö-Bogen 2. Bauabschnitt eingenommen. Die Verwaltung hatte die Vorlage zur Genehmigung des Bebauungsplanentwurfes eingebracht – ein Werk von ca. 1.200 Seiten. Obwohl die Vorlage als letzter Punkt der Tagesordnung, nach ca. 10 Stunden Sitzung, aufgerufen wurde, gab es noch einmal eine intensive und – vorgeblich – sehr emotionale Diskussion über den Abriss des Tausendfüßlers und die Untertunnelung der Shadowstraße.

Natürlich war die Mehrheitsfraktion CDU/FDP für die Verwaltungsvorlage, die Opposition mit den Fraktionen von SPD, Grünen und DIE LINKE. dagegen.

DIE LINKE. lehnt den Kö-Bogen 1. und 2. Bauabschnitt in erster Linie wegen der immens hohen Kosten ab. Zurzeit kann man von mindestens 300 Millionen Euro ausgehen, die die Stadt für dieses Projekt ausgeben wird. Wahrscheinlich werden die endgültigen Kosten noch um Einiges darüber liegen.

Der Tausendfüßler steht unter Denkmalschutz, was von CDU/FDP aber als nicht zeitgemäß angesehen wird. Nachdem die Denkmalbehörde einen Abriss des Tausendfüßlers abgelehnt hatte, ist die Entscheidung an den Minister für Wirtschaft in NRW weitergeleitet worden. Der Minister hat noch weitere Gut-

achten angefordert. Erst danach wird er eine Entscheidung fällen. Trotzdem hat die Verwaltung die Vorlage eingebracht, mit dem Ziel einen „Vorratsbeschluss“ herbeizuführen. CDU/FDP gehen davon aus, dass letztendlich sich der Minister für den Abriss entscheiden wird und möchte keine Zeit verlieren, den Beschluss umzusetzen.

Auch für SPD und Grüne ist der Abriss bereits beschlossene Sache. Die Diskussionsbeiträge waren, wie gesagt, sehr emotional, konnten allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass sich SPD und Grüne bereits auf dem Rückzug befinden. Kritisiert wurde an der Vorlage nur noch, dass die Stadt sich nicht an die übliche Verfahrensweise gehalten hat und die Opposition in die

Vorüberlegungen nicht mit einbezogen wurde. Zwischen den Zeilen konnte man auch lesen, dass beide Fraktionen davon ausgehen, dass der Minister sich für den Abriss entscheiden wird. Diese Entscheidung würde von SPD und Grünen akzeptiert werden.

Die Kosten spielten überhaupt keine Rolle mehr. Das kam auch bei der Diskussion des Haushaltes zum Ausdruck. DIE LINKE. hatte gefordert, sämtliche Ausgaben für den Kö-Bogen II aus dem Haushalt zu nehmen. Eine logische Forderung, denn wenn man gegen ein Projekt ist, ist man auch gegen die Finanzierung des Projektes. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen einschließlich SPD und Grünen abgelehnt. Auch dies eine logische Handlung.



Protest gegen den Abriss im November 2011

Bildung ist Menschenrecht

Auch Kommunalpolitik kann Bildungschancen für alle verbessern

Mit dem Bildungsstreik im Juni letzten Jahres haben über 250.000 Schülerinnen, Schüler, Studierende, Lehrkräfte und Auszubildende für grundlegende Bildungsreformen demonstriert. In der Regel kommen Akademikerkinder aufs Gymnasium. Arbeiterkinder und Kinder mit Migrationshintergrund haben dagegen bei gleicher Leistung weniger Chancen. Das Bildungssystem verwehrt Migrantenkindern Bildungschancen durch mangelhafte Sprachförderung und Abschiebung auf die Hauptschule und behindert so ihre Integration In keinem Industrieland der Welt hängt die Bildung der Kinder so stark vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Schuld ist das mehrgliedrige Schulsystem, welches die SchülerInnen in verschiedene Schulformen aussortiert und damit soziale Unterschiede verstärkt.

Deshalb hat die Ratsfraktion DIE LINKE. auch in diesem Jahr die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule beantragt. Die Gesamtschule bietet alle Schulabschlüsse der Sekundarstu-

fe I und der Sekundarstufe II an. Es ist wissenschaftlich belegt, dass auf Gesamtschulen SchülerInnen, die keine Gymnasialempfehlung erhalten haben, höhere Bildungsabschlüsse erreichen als im gegliederten Schulsystem. Wer geglaubt hat, dass nach dem sogenannten Schulkonsens zwischen SPD, Grünen und CDU diese ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gesamtschule aufgeben würde, wurde enttäuscht. Bei den Haushaltsberatungen lehnte sie unseren Antrag zusammen mit der FDP ab.

In § 20 Schulgesetz NRW ist geregelt, dass neben den Förderschulen allgemeine Schulen mit gemeinsamen Unterricht oder integrativen Lerngruppen Orte der sonderpädagogischen Förderung sind. Gemäß § 20 Abs. 7 kann der gemeinsame Unterricht errichtet werden, wenn die Schule dafür personell und sachlich ausgestattet ist. Dies wird in Düsseldorf fast ausschließlich an den Grundschulen praktiziert. Die anderen Schulformen bleiben weitestgehend auf der Strecke. Deshalb haben wir bean-

tragt, die Möglichkeiten einer integrativen Beschulung von SchülerInnen mit und ohne Behinderung durch zusätzliche Investitionen zur Schaffung der räumlichen und sachlichen Voraussetzungen in allen Schulformen zu verbessern bzw. zu schaffen. Hierzu sollen für die anderen Schulformen jeweils 50.000 Euro für die Beschaffung von Inventar und Lehr- und Unterrichtsmitteln zusätzlich eingestellt werden.

Der Masterplan Schulen dient der Sanierung der Schulgebäude. Er sieht Sanierungen von heute bis zum Jahr 2022 vor. Da die Schulen nicht jahrelang auf ihre Berücksichtigung warten können, haben wir eine Erhöhung der Mittel um 8,25 Mill. Euro für das Jahr 2012 beantragt. Da zu einem ganzheitlichen Ansatz nicht nur die Sanierung der bloßen Bausubstanz gehört, haben wir zusätzlich für alle Schulformen eine Erhöhung der für einen zeitgemäßen Unterricht notwendigen Einrichtungen, sowie Lehr- und Unterrichtsmittel um 2,1 Mill. Euro beantragt.

Nicki Blanchard

Für ein solidarischeres Düsseldorf

Haushaltsrede der Ratsfraktion DIE LINKE.

In Auszügen dokumentieren wir die Rede, die die Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE, Angelika Kraft-Dlangamanda am 17.12.2011 anlässlich der Haushaltsdebatte im Rat der Stadt Düsseldorf gehalten hat. Der vollständige Wortlaut der Rede ist unter <http://www.linksfraktion-duesseldorf.de> im Internet abrufbar.

Immer mehr Menschen, auch in Düsseldorf, leben am Rand der Gesellschaft, haben kein oder zu wenig Einkommen. Und weil preiswerte Wohnungen absehbar nur noch in bestimmten Stadtrandbezirken zu bekommen sind, ballen sich da die Probleme der Bewohnerinnen und Bewohner. Arbeitslose Männer, Frauen und Jugendliche, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern, Familien mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge und vor allem auch immer mehr ältere Menschen, deren Rente bei Weitem nicht ausreicht, leben in Düsseldorf und brauchen Hilfe und Unterstützung.

Leider sind der Blick und das Interesse der politischen Mehrheit in dieser Stadt auf Prestigeobjekte, auf teure Wohnungen für Gutbetuchte usw. gerichtet.

Eine Kommune hat die Pflicht und Aufgabe, sich um alle Menschen in der Stadt zu kümmern. Dies gilt umso mehr, als sie von sich behauptet reich und schuldenfrei zu sein.

Wir LINKEN werden deshalb auch dieses Jahr wieder unsere Forderungen stellen nach mehr Geld für Menschen statt für Beton- und Glasklötze, Auto-

verkehr und anderes Unsinnige.

Einige Forderungen der LINKEN:

Keine eingeschränkte Mobilität, weil das Geld für teure Fahrten mit dem ÖPNV nicht ausreicht. Das heißt ein Sozialticket für zehn Euro! Das ist in Düsseldorf finanzierbar, wenn richtig darüber nachgedacht und gerechnet wird. Das heißt auch kürzere Taktzeiten, barrierefreie Haltestellen, ein zusammenhängendes sicheres Radwegenetz sowie sichere Fußgängerwege.

Der Masterplan Schulen muss schneller umgesetzt werden, eine weitere Gesamtschule gebaut werden. Ein bedarfsgerechter Ausbau der Inklusion ist nötig. Jede Ganztagschule sollte bis zum Beginn des nächsten Schuljahres über eine Mensa verfügen, zur Not auch über ein Provisorium. Das heißt ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder, ob in der Kita oder der Schule.

Eine andere Gebührenpolitik im Bereich Abfall und Friedhöfe.

Sich um Menschen zu kümmern, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben. Ein ganz wichtiges Thema ist das Thema bezahlbares, preiswertes Wohnen. Seit Jahren wird in Düsseldorf fast nur noch teurer Wohnungsbau realisiert. Preiswerter Wohnungsbau kommt so gut wie gar nicht vor, obwohl allein beim Wohnungsamt über rund 4.000 Haushalte mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein als wohnungssuchend registriert sind, ohne dass sie Aussicht haben, eine Wohnung zu angemessenen Kosten anmieten zu können.

Wir LINKEN setzen auf den kommunalen Wohnungsbau. Für uns ist die Stadt in der Verpflichtung, aktiv auf den Wohnungsmarkt einzuwirken. Sei es bei der Gestaltung des Mietspiegels, des sozialen Umfelds der Stadtteile oder der Ausstattung der Häuser nach energetischen und Umweltgesichtspunkten. Deshalb haben wir auch einen Haushaltsantrag eingebracht, die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWD) entsprechend mit Finanzmitteln auszustatten.

Unsere Fraktion DIE LINKE hat 52 Anträge zum Haushalt 2012 in den verschiedenen Ausschüssen gestellt, die allerdings auch zum großen Teil von der Opposition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt wurden. Für uns völlig unverständlich.

Noch einige Bemerkungen zur Situation der Beschäftigten in dieser Stadtverwaltung. Die Unterfinanzierung des Personaletats führt bereits jetzt dazu, dass in vielen Bereichen Personal fehlt. Trotz der 670 unbesetzten Vollstellen wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung erwartet, dass sie alle Aufgaben korrekt erfüllen müssen. Es wird enorm auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen gespart. Diese Personalpolitik bei der Stadtverwaltung führt zu Arbeitsüberlastungen und Arbeitsdruck. In der Folge nehmen insbesondere die Langzeiterkrankungen zu und dies wird sogar von der Verwaltungsspitze in Kauf genommen.

Daher fordern wir Sie auf Herr Oberbürgermeister, endlich und zügig die unbesetzten Stellen zu besetzen.

Naturschutz nur nach Kassenlage

Im Haushalt für das Jahr 2010 waren für die Jahre 2012: 825.200.- Euro und für 2013: 951.50.- Euro für den „Naturnahen Ausbau der Südlichen Düssel in Vennhausen“ und für den „Naturnahen Ausbau des Eselsbachs“ für die Jahre 2012 und 2013 jeweils 1.050.000.- Euro vorgesehen. Im Haushalt 2012 sind diese Beträge verschwunden und in die Jahre 2014 und 2015 verschoben wurden. Bei den zu erwartenden Wirtschaftskrisen, Ausfall von Steuereinnahmen und den Kostensteigerungen von Wehrhahnlinie, Kö-Bogen I und II sowie den großspurigen Straßenbauprojekten muss befürchtet werden, dass diese wichtigen umweltfreundlichen Maßnahmen ganz gestrichen werden.

Die Renaturierung der Wasserläufe ist aber eine wichtige ökologische Aufgabe. Sie bildet die Voraussetzung dafür, dass sich die Pflanzen- und Tierwelt in ihrer ursprünglichen, natürlichen Umgebung wieder entwickeln können.

Die Stadtverwaltung Düsseldorf schreibt auf ihrer Homepage „Wasserbau - Fließgewässer“: „Mit dem steigenden Umweltbewusstsein in den letzten Jahrzehnten rückten auch die Gewässer ins Bewusstsein und man begann mit Renaturierungsmaßnahmen. Gesetzlich festgelegt wurde, dass Gewässer so naturnah wie möglich zu erhalten und zu entwickeln sind. Es wuchs das Verständnis für die Bedeutung der Gewässer als Bestandteil von Natur und Landschaft. Man erkannte, dass nicht nur der Naturhaushalt durch menschliches Wirken gestört wurde, sondern auch das Bild der Stadt- und Kulturlandschaft durch harte Eingriffe Schaden genommen hatte.“ Das unterstützt auch DIE LINKE.

Wir wollen auch nicht verschweigen, dass seit 1986 etwa 20% der Gesamtlänge der Düsseldorfer Gewässer naturnah umgestaltet und mit heimischer Fauna angereichert wurden. Aber ein großer Teil der Düsseldorfer Düssel und der vielen Bäche sind immer noch als Ergebnis einer jahrzehntelangen umweltfeindlichen Bewirtschaftung begradigt und einbetoniert.

Der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE diese sinnvolle ökologische Maßnahme in 2012 und 2013 wie ursprünglich geplant wieder einzusetzen, wurde im für den Wasserbau zuständigen Ausschuss von der Mehrheit der CDU/FDP abgelehnt.

Stadt.unter.Strom.

Forum zur sozial-ökologischen Stadtentwicklung in Düsseldorf am 3. März

Auch in diesem Jahr veranstaltet DIE LINKE, Ratsfraktion Düsseldorf wieder einen Kongress. Diesmal als Forum für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung in Düsseldorf.

Eine ökologische Gestaltung der Stadtpolitik sollte zugleich die sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, die in dieser Stadt wohnen und arbeiten mit einbeziehen und verbessern. Somit gilt es, die Fragen nach Ökologie, Solidarität und Repräsentation als eine gemeinsame Aufgabe zu verstehen und neu zu beantworten.

Der Kongress versteht sich als ein Forum für alle bestehenden Initiativen, Vereinigungen, Bewegungen und engagierten Einzelpersonen. Die Ratsfraktion DIE LINKE möchte eigene sozial-ökologische Perspektiven einer breiten Öffentlichkeit vorstellen und in die Diskussion einbringen.

Stattdessen wird das Forum am 3. März 2012 von 10:00 bis 20:00 Uhr

im zakk, Fichtenstraße 40. Als Kooperationspartner konnten wir die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und das Kommunalpolitische Forum NRW gewinnen.

Nach einem Podiums-Gespräch wird in kleinen Zirkeln im „Utopischen Café“ die Thematik mit allen TeilnehmerInnen behandelt. Am Nachmittag tagen Arbeitsgruppen, zu denen wir als ExpertInnen Mitglieder verschiedener Initiativen und Umweltorganisationen in Düsseldorf sowie VertreterInnen der LINKEN aus der Landtagsfraktion gewinnen konnten. Die bisher geplanten Themen der Arbeitsgruppen sind „Stadtplanung und Klimaschutz“, „Kommunale Energieversorgung“, „Alternative Verkehrskonzepte“, „Ökologische Sanierung des Gebäudebestandes“, „Dezentrale alternative Energiegewinnung“ und „Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns“. Nach der abschließenden Bewertung im Plenum laden wir zu einer Abschluss-Party ein.

Stadt.unter.Strom.
Forum.Podium.Diskussion.Vernetzung.



Zu dem Kongress laden wir alle DüsseldorferInnen ein, um gemeinsam Alternativen zu entwickeln und um unsere Arbeit im Rat und den Fachausschüssen effektiver gestalten zu können.

Nähere Informationen unter: <http://www.stadt-unter-strom.de>

Medizinische Versorgung für AsylbewerberInnen sicherstellen

In der Haushaltssitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (AGS) forderte DIE LINKE. mehr Mittel für die medizinische Versorgung für AsylbewerberInnen bereitzustellen.

Viele Flüchtlinge haben oftmals Gewalt- und Kriegssituationen in den Herkunftsländern und auf der Flucht erlebt. Begleitet von schlechter oder gar keiner medizinischen Behandlung, schlechter Ernährung, sexuellen Übergriffen usw. kommen viele traumatisiert in Deutschland an. Viele von ihnen benötigen gesundheitliche und vor allem auch therapeutische Hilfe.

Zu der gesundheitlichen Situation der AsylbewerberInnen sowie geduldeter Flüchtlinge Angelika Kraft-Dlangamandla, Mitglied des AGS: „Das Sozialamt hat die Möglichkeit im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes die traumatisierten Menschen an Fachkräfte des Gesundheitsamts zu überweisen. Leider passiert das nur in seltenen Fällen. Die LINKE. fordert, dass die gesetzlichen Möglichkeiten für Asylwerbende und geduldete Flüchtlinge voll ausgeschöpft werden müssen.“

Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. DIE LINKE. wird das Thema weiterhin in den Ausschuss bringen, damit Menschen, die aus Flucht und Elend nach Düsseldorf kommen, notwendige Hilfe zuteil wird.

Erste-Hilfe-Kurse für SchülerInnen

Ein Antrag der LINKEN. zum Haushalt 2012 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) lautete: Vollständige Kostenübernahme bei Erste-Hilfe-Kurse für SchülerInnen. Auf den Eigenanteil der teilnehmenden SchülerInnen wird verzichtet, die Stadt Düsseldorf trägt die gesamten Kosten. Angelika Kraft-Dlangamandla: „Die Teilnahme an Erste-Hilfe-Kursen in den 9. Klassen der Düsseldorfer Schulen sollte kostenlos sein und somit für die SchülerInnen ein normales Unterrichtsfach wie alle anderen üblichen Unterrichtsfächer. Wir sehen keinen Grund, warum SchülerInnen dafür extra einen Eigenanteil bezahlen sollen.“ Das sahen die anderen Parteien allerdings anders und lehnten den Antrag der LINKEN. ab.

Ratssitzung war nicht korrekt

Verwaltungsgericht bestätigt DIE LINKE. Ratsfraktion

Die Sitzung des Düsseldorfer Rates am 30. September 2010 war turbulent. Zunächst wurde eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE. zu Castor-Transporten durch Düsseldorf mit der Begründung von der Tagesordnung genommen, sie enthalte politische Wertungen. Dann folgte auf der gleichen Sitzung der Beschluss der Mehrheitsfraktionen, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. sich erledigt habe und nicht mehr zur Diskussion stehe.

Gegen beide Entscheidungen hat DIE LINKE. Ratsfraktion Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht. Beide Verfahren wurden am 21. Oktober 2011 verhandelt und endeten jeweils mit einer Bestätigung der Auffassung der LINKEN.

Bei der Anfrage zu Castor-Transporten war strittig, ob das Verbot der politischen Wertung für die Fragen selbst oder auch für die Begründung Gültigkeit hat. In der Geschäftsordnung des Rates steht: „Die Anfragen müssen sich auf einen bestimmten und kommunalbezogenen Sachverhalt

beziehen und dürfen nur Tatsachen enthalten, die zur Kennzeichnung der gewünschten Auskunft notwendig sind. Politische Wertungen oder Darstellungen politischer Programme sind unzulässig. Die Anfragen sind schriftlich zu begründen.“ Nach Meinung der Ratsfraktion DIE LINKE. ist dadurch, dass der Satz „Die Anfragen sind schriftlich zu begründen“ nachgestellt ist, die Begründung vom Verbot der politischen Wertung ausgenommen. Das Verwaltungsgericht hat sich insofern dieser Meinung angeschlossen, als es bestätigt hat, dass in der Geschäftsordnung des Rates dieser Passus nicht eindeutig formuliert ist. Das Gericht empfahl, die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern.

Bei ihrem Antrag hat Die LINKE. in der Ratssitzung gefordert, dass der Oberbürgermeister wegen der damals bevorstehenden Schließung des Nirosta-Werkes Gespräche mit der Firmenleitung, dem Betriebsrat und der Gewerkschaft aufnehmen solle, um eine Schließung zu ver-

hindern. Da der OB zum Zeitpunkt der Sitzung bereits mit der Firmenleitung und dem Betriebsrat gesprochen hatte (nicht aber mit der Gewerkschaft), war die Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann, die bei diesem Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung inne hatte, der Meinung, der Antrag brauche nicht mehr behandelt werden. Sie ließ nicht einmal eine Wortmeldung der LINKEN. zu diesem Tagesordnungspunkt zu.

Dieses wurde nun vom Verwaltungsgericht gerügt. Das Gericht ist der Meinung, dass die Antragstellende Fraktion das Recht haben muss, Stellung zu nehmen, wenn ein Antrag von der Tagesordnung genommen werden soll.

Die Stellungnahmen des Verwaltungsgerichtes bestätigen die Auffassung der LINKEN, dass der Verlauf der Ratssitzung am 30.09.2010 nicht korrekt war. Damit ist auch die Auffassung der Stadtverwaltung widerlegt, die Klagen wären unberechtigt gewesen.

Ehrung für Völkermörder

Strassennamen und ihre Bedeutung

Im Rheinblick Nr. 9 hatten wir begonnen auf Düsseldorfer Straßennamen hinzuweisen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Die Ratsfraktion fordert, dass durch Umbenennung Widerstandskämpferinnen gegen den Faschismus geehrt werden. Die Änderung des Straßennamens mag für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein, aber noch unangenehmer ist es, wenn die persönliche Anschrift an einen Mörder und Verbrecher erinnert.

Die „Erich-Hoepner-Straße“ in Golzheim

Erich Hoepner war Kommandierender General des XVI. Armeekorps und am Überfall auf Polen durch Nazi-Deutschland beteiligt. Am 27. Oktober 1939 erhielt er das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes und wurde am 19. Juli 1940 zum Generalmajor befördert. Am 2. Mai 1941 formulierte Hoepner in der „Aufmarsch- und Kampfanweisung Barbarossa“ seine Vorstellungen zum Krieg: „Der Krieg gegen Russland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russland zum Ziel haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muss in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des

Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems“. Beim Angriff auf die Sowjetunion ordnete Hoepner die Erschießung russischer Kommissare in Uniform und „die gleiche Behandlung von Zivilkommissaren“ an.

Am 6. Januar 1942 wurde Hoepner von Hitler unehrenhaft aus der Armee entlassen, nachdem er einen Durchhaltebefehl nicht ausgeführt hatte. 1943 wurde er in die Pläne des Attentats durch Staufenberg eingeweiht und um

Unterstützung gebeten. Er wurde am 8. August 1944 vom Volksgerichtshof wegen Verrat am deutschen Volk zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Es ist unerheblich, ob die Beteiligung am Attentat aus Rachedgedanken wegen der unehrenhaften Entlassung aus der Armee oder wegen der Erkenntnis, dass der Krieg nicht zu gewinnen war, geschah. Hoepner war als Befehlshaber an den Verbrechen der Wehrmacht, an der Deportation und Ermordung von Juden, Sinti und Roma, von Schwulen und Behinderten beteiligt.



Hoepner (re.) bei einer Lagebesprechung beim Russlandfeldzug 1941 Foto: Bundesarchiv

Ratsfraktion CDU/FDP blockt ab

Düsseldorfer Parteien ohne den Rat gegen Rechtsextremismus

Die Aufdeckung der Mordserie der rechtsextremen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat in Deutschland viele Reaktionen hervorgerufen. Unter anderem eine gemeinsame Resolution aller im Rat der Stadt Düsseldorf vertretenen Parteien. Die Resolution ist unten abgedruckt.

Es waren viele Gespräche und Abstimmungen notwendig, damit alle beteiligten Parteien dieses gemeinsame Papier unterschreiben konnten. Eine gemeinsame Resolution von DIE LINKE. über SPD und Grüne bis hin zu CDU und FDP ist in Düsseldorf bisher einmalig. Es ist zu hoffen, dass auch in Zukunft ein breites Bündnis gegen Rechts besteht. Allerdings ist diese Hoffnung mit einer gewissen Skepsis versehen.

In der Resolution werden alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich gemeinsam unmissverständlich gegen rechtsextremes Gedankengut zu stellen. Ein wesentlicher Bereich rechtsextremen Gedankengutes stellt Rassismus dar.

Zur Ratssitzung im Dezember 2011 hat DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf einen Antrag gestellt, dass die Stadt der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ beitreten soll. Diese Vereinigung, die bereits seit 2004 besteht, hat sich zum Ziel gesetzt

- Rassismus und Diskriminierung auf

kommunaler Ebene zu bekämpfen und dadurch einen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte, zur Förderung der Integration und zur Achtung der Vielfalt in Europa zu leisten,

- die Mitgliedsstädte durch einen „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ bei dieser Aufgabe zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, Prioritäten zu setzen, ihre Strategien zu optimieren und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren,

- die Kooperation mit Institutionen und Organisationen, die sich ebenfalls der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung verschrieben haben, zu stärken und das gemeinsame Interesse der Mitglieds-

städte gegenüber der Europäischen Union, dem Europarat und den Regierungen der europäischen Staaten zu vertreten und zu fördern.

Dieser Antrag der LINKEN scheint dann doch die Grenzen des Zumutbaren bei der CDU/FDP Fraktion überschritten zu haben. Der Antrag wurde abgelehnt. Da diese Fraktionen die Mehrheit stellen, wird die Stadt Düsseldorf der Städte-Koalition nicht beitreten. Wie ernst ihnen die Resolution gegen Rechtsextremismus tatsächlich war, können nur CDU und FDP beantworten. DIE LINKE. nimmt die Resolution jedenfalls sehr ernst und wird alle Parteien immer wieder daran erinnern.



Werden CDU und FDP zu Antifas?

© CC flickr.com/Fleischervorstadt-Blog

Resolution der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und LINKE in Düsseldorf zu den grausamen Verbrechen von Rechtsextremen in Deutschland:

Erschüttert haben wir zu Kenntnis nehmen müssen, dass rechtsextremistische Verbrecher unbehelligt über Jahre ihre Gräueltaten systematisch ausführen konnten und die Opfer obendrein verhöhnt wurden. Nicht hinzunehmen ist, dass auch der Verfassungsschutz rechte Gewalt vollkommen falsch eingeschätzt hat.

Diese Mordserie erschüttert unsere ganze Gesellschaft und unsere demokratische Kultur. Bei den Opfern können wir uns nur entschuldigen. Für das Versagen des Staates, aber auch für unser Versagen als politisch Verantwortliche. Aufgrund unerträglicher Fehler und Fehleinschätzungen der Sicherheitsbehörden konnte eine rechtsextreme Gruppierung 13 Jahre lang unbemerkt schwerste Gewalttaten begehen. Damit muss jetzt endgültig Schluss sein.

Wir erwarten nun von Polizei und Justiz, aber auch von den Parlamenten und Regierungen in Bund und Ländern, dass die Morde und deren rechtsextremistisches Umfeld mit aller Konsequenz umfassend und zügig aufgeklärt werden. Dabei sind wir uns einig, dass die Strukturen und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf Bundes-

und Länderebene dringend überprüft werden müssen.

Demokraten haben aus ihrer gemeinsamen Geschichtserfahrung die Verpflichtung übernommen, dass der menschenverachtenden Ideologie der Nazis unter allen Umständen Paroli geboten werden muss. Wir dürfen und werden nicht zulassen, dass rassistisches Gedankengut und fremdenfeindliche Verbrechen in unserer Gesellschaft widerspruchslos hingenommen und von der Strafverfolgung ignoriert werden.

Rechtsextremismus ist kein Randproblem, sondern findet mitten in unserer Gesellschaft statt. Intoleranz, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassenhass als Kern einer menschenverachtenden Weltanschauung ist u.a. über die NPD in unseren demokratischen Strukturen scheinbar legitimiert.

Dem wollen wir entgegenwirken: Rechtsextreme Männer und Frauen dürfen keinen Platz in einem demokratischen Staat haben.

Bei allen Diskussionen über Strafverfolgung und Verbote dürfen wir eines nicht vergessen:

Rechtsextremes Gedankengut und

rechtsextremistische Verbrechen können wir nur verhindern, wenn sich die Bürgergesellschaft im Kampf gegen die demokratiefeindlichen, rechten Extremisten zusammenschließt. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden. Dazu gehört auch die Prüfung eines erneuten Parteiverbotsverfahren gegen die NPD.

Wir wollen ein klares Signal setzen und werden als demokratische Parteien in der Landeshauptstadt Düsseldorf auffordern, einer gemeinsamen „Düsseldorfer Initiative gegen Rechtsextremismus“ beizutreten. Auch Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kirchen, des Sports und weiterer gesellschaftlich engagierter Gruppen wollen wir dazu einladen. Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind aufgerufen, sich mit uns gemeinsam unmissverständlich gegen rechtsextremes Gedankengut zu stellen und dem gesellschaftlichen Umfeld des Rechtsextremismus den Boden zu entziehen. CDU Düsseldorf - SPD Düsseldorf - Bündnis90/Die Grünen Düsseldorf - FDP Düsseldorf - DIE LINKE. Düsseldorf

Keine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen

Im April 2009 hat die FDP die Initiative ergriffen und zusammen mit den Fraktionen von CDU, SPD und Grünen einen Antrag in den Düsseldorfer Rat eingebracht: „Der Rat der Stadt unterstützt das Aktionsbündnis ‚save me‘ und erklärt sich bereit, die von der Bundesregierung aus dem UNHCR-Resettlement-Programm zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, sich in Düsseldorf neu ‚anzusiedeln‘.“ Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hat dieses Resettlement-Programm aufgelegt, um die Flüchtlingsflut zu regulieren. Staaten erklären sich bereit, Flüchtlinge aufzunehmen und diese dauerhaft anzusiedeln (Resettlement).

Der Antrag wurde vom Rat am 30. April 2009 einstimmig angenommen. Die Initiative hatte nämlich einen entscheidenden Haken: Die Bundesrepublik nimmt an dem Resettlement-Programm überhaupt nicht teil.

Deshalb hat DIE LINKE. den Antrag gestellt: „Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf fordert die Bundesregierung auf, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.“ Im Vorfeld der Ratssitzung sind die anderen Fraktionen gebeten worden, den Antrag gemeinsam einzubringen, da ja im Grundsatz Einigkeit besteht. Nicht nur, dass darauf keine Reaktion erfolgte, der Antrag wurde auch am 17.11.2011 mit den Stimmen von CDU/FDP abgelehnt. Merke: Es ist einfach, Anträge zu stellen, von denen man weiß, dass sie keine Konsequenzen haben werden.

Mehr AsylbewerberInnen in Düsseldorf

Die Zahl der asylsuchenden Menschen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Hier gibt es einen großen Bedarf an geeigneten Unterkünften. Im Regelfall werden AsylbewerberInnen in Sammelunterkünften untergebracht. DIE LINKE. fordert von der Stadt familiengerechte Wohnungen und wird entsprechende Anträge in den zuständigen Ausschüssen stellen.

Kostenfreie Nutzung der Stadtbüchereien

Um einen Zugang zu Bildung und Informationen für alle EinwohnerInnen zu gewährleisten, sollte nach Auffassung der Ratsfraktion DIE LINKE. die Nutzung der Stadtbüchereien generell kostenfrei sein, ebenso sollten auch keine Gebühren für die Vormerkung von Medien sowie für die Internetnutzung erhoben werden.

Deshalb stellte DIE LINKE. im Kulturausschuss den Antrag auf Abschaffung der Gebühren. Die Stadtbüchereien sind für viele DüsseldorferInnen eine wichtige Quelle an Bildung und Kultur. NutzerInnen müssen seit einiger Zeit die Ausleihe als auch die Rückgabe der Bücher und Medien selbst verbuchen. Für weniger Service und Personaleinsparungen sollten die NutzerInnen der Stadtbüchereien nicht auch noch bezahlen.

ArbeitnehmerInneninteressen berücksichtigen!

Wenn Medien berichten, was die „Wirtschaft“ so meint, so ist meist die Rede von den Unternehmern und ihren Verbänden. Die Wirtschaft besteht aber auch aus dem Faktor Arbeit. Ohne die ArbeitnehmerInnen gäbe es kein Kapital. Alle Werte einer Gesellschaft sind durch menschliche Arbeit entstanden. Aus der neoliberalen betriebswirtschaftlichen Sicht sind die Kosten für den Faktor Arbeit inzwischen zu „Unkosten“ verkommen. Sie werden gedrückt oder ganz eingespart.

Während Oberbürgermeister Elbers sein Verständnis für die Vernichtung von über 1000 Düsseldorfer Arbeitsplätzen durch den EON-Konzern äußert, fordert DIE LINKE. im Rat, dass begleitend zum Masterplan Industrie ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den Düsseldorfer Gewerkschaften stattfinden soll.

Darüberhinaus fordert die Ratsfraktion DIE LINKE., dass der Düsseldorfer Stellenplan im Haushalt ausfinanziert werden muss.

670 unbesetzte Vollzeitstellen wies der Controllingbericht des Personal- und Organisationsausschusses im August 2011 aus. Die Besetzung dieser Stellen wäre nicht nur hilfreich im Kampf gegen die Arbeitslosenzahlen in Düsseldorf, sondern auch ein Beitrag den Service für die BürgerInnen zu verbessern.

„Die Hexen von Gerresheim“

Ein Spektakel in 16 Akten

1. Akt: Der Bürger V. schreibt den Düsseldorfer Oberbürgermeister (OB) an und fordert, zwei Frauen, die 1738 im heutigen Stadtteil Gerresheim als Hexen verbrannt wurden, zu rehabilitieren. Eine Kopie des Schreibens geht an alle Fraktionen des Stadtrates.

2. Akt: DIE LINKE. greift die Initiative des Bürgers V. auf und stellt in der Bezirksvertretung (BV) Gerresheim den Antrag, der beiden Frauen zu gedenken, sie moralisch zu rehabilitieren und gegen die Ausgrenzung von Einzelpersonen und Gruppen Stellung zu beziehen.

3. Akt: Der Antrag wird in der BV von der Mehrheit aus CDU/FDP abgelehnt.

4. Akt: Der Bürger V. ruft den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden an.

5. Akt: Der Bürger V. erhält die Möglichkeit, seinen Standpunkt vor dem Ausschuss darzulegen.

Auftritt eines obskuren Diplom-Theologen, der ein Gegenstatement abgibt. Er legt dar, dass 1. die Frauen nur durch die katholische Kirche rehabilitiert werden können, da diese sie verurteilt hatte; dass 2. das Urteil von 1738 aufgrund des damaligen Rechtsverständnisses korrekt war – immerhin wurden sie abergläubischer und phytotherapeutischer (Phytotherapie = Behandlung mit Heilpflanzen) Praktiken überführt; dass 3. er sich in seiner Religionsfreiheit eingeschränkt fühle, sollte die Stadt die „Hexen“ rehabilitieren.

Mittlerweile ist die Presse aufmerksam geworden.

6. Akt: Die Mehrheit im Ausschuss schließt sich den Ausführungen des Bürgers V. an und fordert den OB auf, der beiden Frauen zu gedenken. Die CDU hat Schwierigkeiten, sich dieser Meinung anzuschließen. Nach einer Be-

ratungspause ändert sie ihre Meinung. Es kommt zu einem einstimmigen Beschluss.

7. Akt: Alle Fraktionen fordern im Ältestenrat den OB auf, den Rat der Stadt bei der nächsten Sitzung zu einer Gedenkminute aufzurufen. Der OB ist dazu nicht bereit.

8. Akt: Die Fraktionen beschließen, gemeinsam einen Antrag im Rat zu stellen, der beiden Frauen zu gedenken.

9. Akt: Am darauf folgenden Tag bekundet die CDU, sie werde keinen solchen Antrag unterschreiben.

10. Akt: SPD und Grüne finden am darauffolgenden Tag einen Antrag der CDU/FDP im städtischen Netz, der beiden Frauen zu gedenken. Sie reichen ihrerseits einen entsprechenden Antrag ein.

11. Akt: Die Spitzen von CDU/FDP, SPD und Grünen vereinbaren, dass auf der nächsten Sitzung der beiden Frauen

gedacht werden soll.

12. Akt: In der Ratssitzung wird der Antrag gestellt, eine Gedenkminute einzulegen. Der OB redet heftig dagegen. Gegen die Stimmen der CDU wird der Antrag angenommen.

13. Akt: Noch immer hat der OB Schwierigkeiten mit dem Thema. Er überlässt es seiner Stellvertreterin, zum Gedenken aufzurufen.

14. Akt: Im Rat der Stadt Düsseldorf wird der beiden Frauen gedacht. Die Hälfte der CDU-Fraktion verlässt den Saal.

15. Akt: DIE LINKE. bedankt sich per Pressemitteilung bei den teilnehmenden Ratsmitgliedern, dass ihre Initiative in der BV aufgegriffen wurde und diesen würdigen Stand erreicht hat.

16. Akt: Die BV Gerresheim beschließt einstimmig, einen Platz im Stadtteil nach den beiden Frauen zu benennen.



Darstellung der Verbrennung am „Heimatbrunnen“ in Gerresheim

Kiefernstraße

Stadtrat entscheidet sich für Rechtsbruch

Anfang 2007 stellte ein von der Stadt Düsseldorf beauftragter Gutachter fest, dass für Instandsetzungsarbeiten der 19 Häuser in der Kiefernstraße, die sich in städtischem Besitz befinden, sowie der Fichtenstraße 16 rund 3.600.000,- Euro investiert werden müssen. Diese Arbeiten sind weder in Angriff genommen worden, noch ist ein entsprechendes Budget in den Folgejahren im Haushalt berücksichtigt worden.

Im Jahr 2010 wurde ein weiterer Architekt beauftragt, eine aktuelle Bestandsaufnahme vorzunehmen. Er bestätigte die Feststellungen des Gutachters und empfahl eine sofortige Inangriffnahme der Instandsetzungsar-

beiten. Auch hier ist in der Folge nichts passiert.

Bei den angesprochenen Instandsetzungsarbeiten handelt es sich um Pflichtleistungen der Stadt als Vermieterin. Nach Auskunft der Stadt steht die Instandsetzung der Häuser auf einer Prioritätenliste, die sukzessive abgearbeitet wird. Eine Ausführung in 2012 ist jedoch nicht vorgesehen. Da die Arbeiten bereits seit 2007 überfällig sind, ist zu befürchten, dass bei weiterer Verzögerung ein erheblicher Substanzverlust eintritt, der dann nur mit zusätzlichen Mitteln ausgeglichen werden kann. Deshalb hat die Ratsfraktion DIE LINKE. einen Haushaltsantrag gestellt. Demnach

sollen in den Haushalt genügend Mittel eingestellt werden, damit diese Arbeiten noch in 2012 ausgeführt werden können.

Bei der Einbringung des Antrages hat DIE LINKE. noch einmal ausdrücklich auf den § 535 BGB hingewiesen. Danach ist es Aufgabe des Vermieters, die Mietsache instand zu halten bzw. bei Bedarf instand zu setzen. Trotzdem hat die Mehrheitsfraktion CDU/FDP den Antrag abgelehnt. Damit hat sie eindeutig gegen den Inhalt des § 535 BGB verstoßen.

Den MieterInnen der betroffenen Häuser kann nur empfohlen werden, gegen die Stadt zu klagen.

Sozialwohnungen unerwünscht und der OB meint, Sozialschwache können ja wegziehen

1995 gab es in Düsseldorf noch über 42.000 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau (sogenannte Sozialwohnungen). 2009 war die Zahl schon auf unter 22.000 zusammengeschmolzen. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren weiter reduzieren, da mehrere tausend Wohnungen aus der Preisbindung fallen.

In den letzten Jahren sind pro Jahr nur einige Dutzend Sozialwohnungen neu gebaut worden. Demgegenüber steht ein fester Bestand von über 4.000 Haushalten, die aktuell beim Wohnungsamt als wohnungssuchend gemeldet sind. Nach Angaben der Stadt sind ca. 125.000 (von insgesamt 322.000) Haushalte berechtigt - auf Grund ihrer finanziellen Situation - einen Wohnberechtigungsschein (WBS) zu beantragen.

Sämtliche größere Neubaugebiete in den letzten Jahren wurden aufgrund von Städtebaulichen Verträgen erschlossen. In diesen Verträgen werden unter anderem die Wünsche der Stadt zum Vertragsbestandteil gemacht, zum Beispiel, ob in dem Gebiet eine Kita gebaut werden soll.

Gemäß Baugesetzbuch kann in einem Bebauungsplan der Anteil von mit öffentlichen Geldern geförderten Wohnungen festgelegt werden. Wenn von Seiten der Stadt also Interesse bestehen würde, den sozialen Wohnungsbau nach Vorne zu bringen, gäbe es die rechtlichen Möglichkeiten.

Allerdings verkündet der Bau- und Planungsdezernent, dass man Investoren nicht dazu zwingen kann, Sozialwohnungen zu erstellen.

Ein weiteres Argument der Stadt ist, dass das Sozialgefüge in den Stadtteilen nicht mehr als 3,5 % der neuen Wohnungen als Sozialwohnungen vertragen würde. Das heißt, Sozialwohnungen werden als Belastung für das Sozialgefüge angesehen. Da Wohnungen ja keine Belastung in diesem Sinne sein können, ist damit gemeint, dass die BewohnerInnen eine Belastung darstellen.

Generell wird also Menschen, die aufgrund ihrer finanziellen Lage auf eine günstige Miete angewiesen sind, unterstellt, eine Belastung für das „Sozialgefüge“ darzustellen. Ihnen wird unterstellt, dass sie

per se asozial sind. Solche Menschen will man in Düsseldorf nicht haben.

Die gut situierten NeubürgerInnen sind das Zielpublikum. Obwohl eine große Nachfrage besteht, wird nichts zur Deckung des Wohnungsmarktes mit günstigem Wohnraum getan.

Es bleibt die Vermutung, dass gehofft wird, die Menschen, die sich nur preiswerte Mieten leisten können, ziehen freiwillig ins Umland.

Diese Vermutung wird durch Äußerungen des Oberbürgermeisters gestützt, der z. B. auf dem CDU-Parteitag am 26. November gesagt hat: „Düsseldorf wird nie mehr eine preiswerte Wohnstadt sein – das will ich auch gar nicht.“ (WZ vom 28.11.2011) Zwei Wochen später legte er nach und meinte, er sehe es mit Gelassenheit, wenn künftig Familien, die hier in der Stadt Jobs finden, im Umland eine Bleibe suchen und sich dort niederlassen. (RP 12.12.2011). Und die CDU/FDP Fraktion schwafelt von emotionaler Eingemeindung und meint, auch die Menschen hinter der Stadtgrenze sollen sich als Düsseldorfer fühlen (WZ 14.12.2011).

Arisierung durch Finanzbehörden

Ratsfraktion DIE LINKE. sorgt für die Durchführung einer Ausstellung

Unter der Tarnbezeichnung „Aktion 3“ gab das Reichfinanzministerium im Herbst 1941 Anweisungen heraus, wie das Vermögen der deutschen Juden, die deportiert werden sollten, einzuziehen sei. Die Enteignungen erfolgten in enger Zusammenarbeit der Geheimen Staatspolizei mit den Finanzbehörden, den Stadtverwaltungen, mit Hausverwaltern und Gerichtsvollziehern, Bankangestellten, Auktionatoren und Spediteuren. Bis auf einen Betrag von 100 Reichsmark und 50 Kilogramm Gepäck sollte das Vermögen der Deportierten eingezogen werden. Die Gestapo führe die „Abschiebungen“ durch, fordere Vermögensverzeichnisse ab, versiegele die Wohnungen und nehme die Wohnungsschlüssel entgegen. Die Einziehungsverfügungen würden den Juden durch Gerichtsvollzieher zugestellt. An der „Aktion 3“ beteiligten sich große Teile der Bevölkerung. Die „arischen Volksgenossen“ bezogen Wohnungen und ersteigerten Möbel. Selbst ein Sack Zwiebeln oder Kinderspielzeug fanden Abnehmer. Immer wussten sie, dass es sich um ehemaligen jüdischen Besitz handelte.

Der Historiker Prof. Wolfgang Dreßen hat auf der Grundlage bisher unveröffentlichter Archivquellen aus rheinischen Finanzbehörden die Ausstellung erarbeitet, die bis zum 15. Februar in der VHS gezeigt wird.

Zur Eröffnung am 2. Februar um 18 Uhr wird der Film „Menschliches Versa-

gen“ von Michael Verhoeven gezeigt.

Das Thema hat bisher wenig Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden. Umso erfreulicher ist es, dass diese Ausstellung in Düsseldorf stattfinden kann.

Doch es war ein langer Weg bis zur Ausstellung in der VHS. Der Rosa-Luxemburg-Club hat bereits im März 2010 den Oberbürgermeister angeschrieben mit der Bitte, für diese Ausstellung städtische Räume zur Verfügung zu stellen. Da monatelang keine Antwort kam, wurde die Ausstellung von den Fraktionen DIE LINKE., SPD, Bündnis/ Grüne und auch der FDP im Ältestenrat thematisiert.

Trotz der Zusicherung des Oberbürgermeisters, die Verwaltung werde sich darum kümmern, passierte weitere Monate lang nichts. Die Zuständigkeiten wurden von einem Dezernat zum anderen und von einem Amt zum anderen weitergeschoben. Letzten Endes ist es der kontinuierlichen Nachfrage durch DIE LINKE. bei der Verwaltung und im Ältestenrat zu verdanken, dass die Ausstellung stattfindet.

Besonders erfreulich ist es, dass die Ausstellung in Kooperation zwischen dem Rosa-Luxemburg-Club, der Mahn- und Gedenkstätte, der VHS und der Jüdischen Gemeinde organisiert wurde.



Plünderung nach der Pogromnacht an der Immermannstrasse © Stadtarchiv Düsseldorf

Düsselpass viel zu unbekannt

Wie schon im Jahr zuvor stellte die Ratsfraktion DIE LINKE. zum Haushalt 2012 einen Antrag, den Düsselpass bekannter zu machen. Immer wieder hakt die Fraktion im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) nach, dass viel zu wenig über den Düsselpass informiert wird, nicht mal in den Job-Centern liegen regelmäßig Infos aus. Vielen DüsseldorferInnen ist nicht bekannt, dass sie Anspruch auf einen Düsselpass haben, mit dem sie bei verschiedenen Einrichtungen Vergünstigungen haben. Die Ratsmehrheit von CDU/FDP scheint kein Interesse daran zu haben, dass möglichst Viele diese Vergünstigungen in Anspruch nehmen können. Denn sie lehnen eine größere Bekanntheit des Düsselpasses kategorisch ab!

Zur Information: DüsseldorferInnen mit geringem oder gar keinem Einkommen ab 15 Jahren haben mit dem Düsselpass einige Vergünstigungen. Beispielsweise in Schwimmbädern, Eissporthalle, Museen, bei der Volkshochschule, aber auch bei verschiedenen städtischen Einrichtungen wie dem Standesamt und einiges mehr. Da die Informationen nicht mal im Jobcenter ausliegen, weisen wir darauf hin, wo es die Informationen im Detail gibt: Telefonisch bei der Stadt Düsseldorf unter: 89-2 58 53 oder im Internet unter: <http://www.duesseldorf.de/duesselpass/index.shtml>

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Angelika Kraft-Dlangamandla, M.F.

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Angemessene Leistungen für Erstaussstattungen und Klassenfahrten

DIE LINKE. stellt Jahr für Jahr im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS) einen Antrag zum Haushalt des nächsten Jahres, dass die Stadt mehr Geld für Menschen einplant, die auf Leistungen angewiesen sind: mehr Geld für Erstaussstattungen für Wohnen und Kleidung sowie Leistungen für mehrtägigen Klassenfahrten. Angelika Kraft-Dlangamandla, Mitglied des AGS der LINKEN: „Dies Berechnung der Stadt ist viel zu niedrig, zudem die Verwaltung einen „moderaten Personenanstieg“ erwartet. Vor allem ist wichtig, dass die AntragstellerInnen auch umfassend informiert werden.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Sterben, Müll und Abfall werden teurer

In der letzten Ratssitzung des Jahres wurden Erhöhungen der Gebühren für die Abfallbeseitigung, und die Straßenreinigung beschlossen. Zu der geplanten Erhöhung der Friedhofsgebühr führt DIE LINKE. in ihrem Antrag aus: „Eine Anhebung der Gebühren von teilweise bis zu 20 Prozent, im Durchschnitt von 13,6 Prozent ist für die BürgerInnen der Stadt nicht zumutbar. Davon sind 6,7 Prozent durch den Strukturwandel, d.h. geringere Fallzahlen und eine Änderung der Bestattungskultur und 4,9 Prozent durch die Defizite aus den Vorjahren begründet.“ Die Anträge der LINKEN. zur Beibehaltung der Gebühren wurden von den anderen Parteien abgelehnt.

Chaos im Jobcenter

Miese Arbeitsbedingungen wirken sich auf AntragstellerInnen aus

Zur ersten Sitzung des Ausschuss Gesundheit und Soziales (AGS) Anfang Januar stellte DIE LINKE. eine Anfrage zur Arbeitssituation der Beschäftigten beim Jobcenter Düsseldorf. Hintergrund dieser Anfrage waren Berichte in den Medien unter anderem über eine Vielzahl von falschen Hartz-IV-Bescheiden.

Weiterhin gibt es immer wieder Berichte über Belastungen der Beschäftigten: befristete Arbeitsverträge, eine hohe Arbeitsdichte. Es fehlen in den Jobcentern bundesweit ca. 1.000 Beschäftigte.

Auch die Qualifizierung der Beschäftigten ist im Argen. Die Auswirkung ist, dass diese Situation nicht nur die Beschäftigten belasten, sondern auch die Menschen, die auf Hartz-IV angewiesen sind. Zum Beispiel durch falsche Bescheide, die wiederum zu Widerspruch bis hin zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führen, die häufig für die Klagenenden entschieden werden.

DIE LINKE. stellte deshalb eine Anfrage zur Arbeitssituation beim Jobcenter Düsseldorf. Unter anderem wurde geantwortet, dass 2011 von den geplanten Soll-Stellen 24 nicht besetzt waren. Die jüngsten Gesetzesänderungen wie zum Beispiel das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket „führte im vergangenen Jahr trotz des dafür vorgesehenen Personals zu erheblichen Belastungen für die Beschäftigten des Jobcenters. Gleiches gilt für das sogenannte Sozialticket im Herbst 2011“. Es wird weiterhin ausgeführt, dass die sich ständig ändernde Rechtsmaterie nicht nur zu Mehrbelastungen, sondern auch zu höherem Verwaltungsaufwand führt.

Betroffen sind Beschäftigte und „Kunden“. Eine der Auswirkungen sind lange Wartezeiten bei Besuchen im Jobcenter. Eine besonders schlimme Situation erleben die sogenannten Kunden im Jobcenter Düsseldorf Süd, Reisholzer Werftstraße. Angelika Kraft-Dlangamandla, Mitglied der LINKEN im

AGS erklärte in der Sitzung, dass dort teilweise Wartezeiten von bis zu vier Stunden vorkommen. „Dies ist besonders schlimm, da es in der Nähe des Jobcenters im Gewerbegebiet Reisholzer Werftstraße keine Bus- oder Straßenbahnhaltestelle gibt. Frauen mit kleinen Kindern beispielsweise müssen erst mal die lange Strecke laufen. Im Jobcenter angekommen gibt es für sie keine Sitzmöglichkeit, während sie mit kleinen Kindern stundenlang in den Gängen anstehen und warten müssen. Es ist ein Skandal, wie mit arbeitslosen Menschen umgegangen wird.“

Anscheinend ist die Situation den Mitgliedern des AGS nicht bekannt, wie so Vieles, was mit der Situation von Hartz-IV-Beziehenden zu tun hat! Der Vorsitzende des AGS nahm diesen Redebeitrag als Hinweis auf, dem nachgegangen werden sollte. DIE LINKE. wird dem nachgehen, und immer wieder darauf hinweisen und drängen, dass hier Abhilfe geschaffen wird.

Personal-Wechsel in der Ratsfraktion

Ergün Durmus geht, Nicki Blanchard kommt

Ergün Durmus hat sein Mandat im Rat der Stadt Düsseldorf zum 31.12.2011 niedergelegt. Aus familiären und beruflichen Gründen ist es ihm nicht mehr möglich, die Zeit für die Ratsarbeit aufzubringen.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf bedauert seine Entscheidung und bedankt sich auf diesem Wege für seine Mitarbeit und sein Engagement.

Für ihn ist von der Reserveliste der letzten Kommunalwahl Georg Blanchard nachgerückt. Georg Blanchard, 69 Jahre und pensionierter Lehrer, hat viel Erfahrung in der Kommunalpolitik in

Düsseldorf sammeln können. Er saß für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits 10 Jahre im Rat und 15 Jahre in der Bezirksvertretung 4, bevor er dort ausgetreten und bei der LINKEN. eingetreten ist.

Georg – genannt Nicki – Blanchard vertritt DIE LINKE. bereits im Stadtbezirk 4 – Oberkassel, Heerdt, Lörick, Niederkassel. Ebenso ist er Mitglied in den Fachausschüssen des Rates für Schule sowie Ordnung und Verkehr. Diese Aufgaben wird er neben seiner Mitgliedschaft im Rat auch weiterhin wahrnehmen.



Nicki Blanchard

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen muss-

ten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

